

Nur eine kurze Verschnaufpause

Die Sozialhilfe verzeichnete im letzten Jahr einen Rückgang um 300 Fälle, die Stadt gab 3,7 Millionen Franken weniger aus. Mehr als eine kurze Verschnaufpause ist das nicht: Die steigende Arbeitslosenquote trifft die Sozialhilfe auch bald.

Eigentlich war es eine gute Nachricht, die Stadträtin Maja Ingold (EVP) und der Chef der Sozialen Dienste, Ernst Schedler, gestern zu überbringen hatten: Die Sozialhilfe zählte im vergangenen Jahr 300 Fälle weniger als 2007. Dank des Rückgangs um zehn Prozent musste die Stadt 3,7 Millionen Franken weniger ausgeben. Gut 28 Millionen flossen in die Sozialhilfe. Insgesamt belastete die Existenzsicherung die Stadtkasse mit knapp 69 Millionen Franken, vor zwei Jahren waren es noch 68,2 Millionen gewesen.

Klar mehr Zusatzleistungen

Das Minus in der Sozialhilfe wurde durch die Zusatzleistungen für Altersrente und Invalidenversicherung weggefressen: Sie stiegen um gut vier auf 36,6 Millionen Franken. Der Anstieg hat einerseits demografische Gründe, andererseits steckt ein Systemwechsel dahinter: Für ungedeckte Heimkosten muss nicht mehr die Sozialhilfe aufkommen, sie werden durch Zu-

satzleistungen abgegolten. Während die Stadt die Sozialhilfekosten allein tragen muss, beteiligen sich Bund und Kanton mit 45 Prozent an den Zusatzleistungen. Erstmals gab die Stadt dafür mehr aus als für die Sozialhilfe.

Die tieferen Ausgaben für Sozialhilfe sind nicht mehr als eine Verschnaufpause: Die steigende Arbeitslosenquote wirkt sich zeitverzögert auf die



«Der Bund saniert seine Systeme stets zulasten der Sozialhilfe»

Maja Ingold

Sozialhilfe aus. Noch spricht Schedler von einer «diffusen Situation», weil die Anlaufstelle eine massiv höhere Frequenz verzeichnet, die Langzeitfälle aber kaum zugenommen haben.

Doch das prognostizierte Plus bereitet Sozialvorsteherin Ingold «doppelt Sorge, weil jeder neue Anstieg von einem höheren Sockel ausgeht». Das heisst: Als die Arbeitslosenquote in den Jahren unmittelbar nach der Jahrtausendwende sank, erholte sich die Sozialhilfe nicht im gleichen Mass, machte den Anstieg ab 2003 jedoch zeitverzögert voll mit. Zudem bleiben die Langzeitfälle in der Sozialhilfe deutlich übervertreten, sie können auch in den guten Jahren kaum abgebaut werden.

Einfache Fälle aussortieren

Die Erholungsphase habe das Sozialamt genutzt, interne Abläufe zu analysieren und Verbesserungen in die Wege zu leiten, sagte Schedler. Derzeit wird versucht, einfache Fälle von jenen zu trennen, die eine intensive Betreuung brauchen. Die Pilotphase läuft bis Ende Jahr. Wer zum Beispiel auf Arbeitslosengeld wartet und kurzfristig auf Sozialhilfe angewiesen ist, wird nicht mehr von einem Sozialarbeiter betreut. Stattdessen werden administrative Fälle von kaufmännischen Angestellten mit einer Zusatzausbildung erledigt. Sie erhalten mehr Fälle zugeteilt als Sozialarbeiter. Alle Gesuche werden weiterhin von der Re-

visionsstelle geprüft. Das Risiko, dass zu Unrecht Sozialhilfe bezogen wird, steige mit dem Verfahren daher nicht. Schedler sieht «andere Fallen»: So müsse früh erkannt werden, wer inten-



«Wer kein Arbeitslosengeld beziehen darf, fehlt in der Statistik»

Ernst Schedler

sive Betreuung nötig habe. «Und der Bezug von Sozialhilfe darf nicht auf das Geldabholen reduziert werden.»

Ingold warnte davor, andere Sicherungssysteme zulasten der Sozialhilfe zu sanieren. Die vom Ständerat beschlossene Revision der Arbeitslosenversicherung gehe in diese «falsche» Richtung. Die Stadt sieht sich dabei nicht nur mit neuen Finanzproblemen konfrontiert: Wer aus der Arbeitslosenversicherung fällt, darf vom Bund finanzierte Angebote nicht mehr nutzen. «Qualifikationsprogramme müssen auch für Sozialhilfeempfänger offen sein», fordert Schedler. *IFELIX REICH*

Verwaltungs AG zieht Klage weiter

Die Verwaltungs AG hat ihre Verantwortlichkeitsklage gegen die drei ehemaligen Verwaltungsräte vor Bezirksgericht eingereicht. Dies bestätigte Christian Modl gestern auf Anfrage. Der Anwalt vertritt die insolvente Verwaltungs AG. Um die Klage weiterzuziehen, musste er die Einwilligung des Nachlassrichters sowie des Sachwalters einholen. Denn der Prozess wird mit Geldern aus der Nachlassmasse bestritten. Wäre das Prozessrisiko zu gross, hätte der Sachwalter sein Veto eingelegt: Er muss darauf bedacht sein, dass die Gläubiger zumindest einen Teil ihres Geldes wiederssehen.

Vor dem Friedensrichter konnte zuvor keine Einigung erzielt werden, da die drei angeklagten Ex-Verwaltungsräte die Klage bestritten. Gestritten wird um die 6,8 Millionen Franken, die in der Kasse der zahlungsunfähigen Verwaltungs AG fehlen. Dem Trio wird vorgeworfen, das ihm anvertraute Geld in Form von Darlehen branchenfremd investiert zu haben. Sprich: Die Verwaltungsfirma soll sich wie eine Bank gebärdet haben. Im Frühling 2008 ging die Firma in Konkurs.

Auch die Staatsanwaltschaft für Wirtschaftsdelikte hat sich des Falls angenommen. Bei einer Razzia stellte sie umfangreiches Material sicher. *(fmr)*

Ein dritter Zapfhahn für Fahrzeuge mit Gasantrieb

Stadtwerk verdichtet das Netz der Gastankstellen: Die gestern in der Grüze eingeweihte Tankanlage ist die grösste der Ostschweiz.

Erdgasautos stossen 25 Prozent weniger Kohlendioxid aus als Benzin- und Dieselfahrzeuge – und darum ist ihnen auch ein grüner Stadtrat wohlgesinnt. «Unter diesem Aspekt kann auch ich Erdgas als Treibstoff nur empfehlen», sagte Matthias Gfeller gestern anlässlich der Einweihung der neuen Erdgastankstelle. Zum Termin war der Werkvorsteher trotzdem mit dem Velo erschienen. «Denn dieses kann ich natürlich noch mehr empfehlen.»

Die neue Erdgastankstelle steht auf dem Gelände des Discounters Aldi an der Ecke Industrie- und Scheideggstrasse. Der Standort in der Grüze soll die beiden bisher bestehenden Tankstellen in Oberwinterthur (Riedbach-Garage) und Töss (Migrol-Tankstelle) entlasten. Die neue Anlage ist die grösste dieser Art in der Ostschweiz, sie verdoppelt die in Winterthur vorhandenen Kapazitäten auf einen Schlag. In der Grüze sollen vor allem Lastwagen tanken, darunter auch die Fahrzeuge der nahegelegenen Kehrlichverbrennungsanlage. Stadtwerk entspricht mit der Tankstelle, für welche der Gemeinderat im Februar 2008 1,15 Millionen Franken bewilligte, also einem eigenen Bedürfnis.

Darüber hinaus hoffe die Stadt aber auch, dass die Tankstelle von Privatpersonen und Firmen rege genutzt werde und das Umsteigen auf den Energieträger Erdgas vorantreibe, sagte Gfeller. In derselben Absicht wird die Anschaffung von Erdgasfahrzeugen noch bis Ende Jahr mit 1000 Franken unterstützt. Anreize bieten will die Stadt auch mit der Preispolitik: Die Menge Erdgas mit derselben Energie wie ein Liter Benzin wird 30 Rappen billiger angeboten, wie Stadtwerkdirektor Christian von Burg sagte.

Biogasanteil garantiert

Dem Erdgastreibstoff werden in Winterthur mindestens 10 Prozent Biogas beigemischt (2008 waren es 24 Prozent). Das verbessert die Umweltbilanz, da sich Biogas CO₂-neutral gewinnen lässt. In Münchwilen entsteht derzeit für 29 Millionen Franken eine Anlage, in der Fleischabfälle zu Biogas vergärt werden. Die Stadt Winterthur hat sich am Aktienkapital der Bauherrin mit drei Millionen beteiligt.

Angesichts der optimalen in die Umweltpolitik der Stadt Winterthur – die seit 2008 die Auszeichnung «Gold-Energie-Stadt» trägt – eingebetteten Erdgastankstelle sprach Stadtwerkdirektor von Burg gestern von einer «Win-Win-Situation». Mit einem der vielen «Wins» dürfte sich auch der Discounter Aldi angesprochen fühlen. Er vermietet Stadtwerk Land, auf dem er ohnehin keine weiteren Kundenparkplätze hätte anbieten dürfen. *(mcl)*



Stadtwerkdirektor Christian von Burg (l.) und Stadtrat Matthias Gfeller geben die Erdgastankstelle zum Betrieb frei. Bild: Marc Dahinden

SVP ist offen für ein Ticket mit der FDP

Die SVP will zurück in den Stadtrat und wünscht eine Zusammenarbeit mit der FDP – oder gar der CVP.

Noch lächelt Daniel Oswald alleine von den Plakaten, welche die SVP zum Start des Wahlkampfes gedruckt hat. Oswald will für seine Partei im nächsten März einen Sitz im Stadtrat erobern. Oder besser zurückgewinnen. Denn die Volkspartei verlor den ihrigen 2002, nachdem Leo Iten zurückgetreten war. «Wir haben erst ganz wenige Plakate gedruckt», sagt Oswald. Auf den nächsten könnten schliesslich ja auch FDP-Stadträtin Verena Gick und FDP-Kandidat Stefan Fritschi neben ihm stehen. Und

vielleicht gesellt sich gar Polizeivorsteher Michael Künzle (CVP) für den Wahlkampf dazu. Denn die SVP ist «gerne bereit», mit den beiden bürgerlichen Parteien zusammenzuarbeiten, wie Wahlkampfleiter Hansjörg Thurnherr gestern an einer Medienorientierung sagte. «Wir führen Gespräche und sind sehr zuversichtlich.»

Mehr Polizei in der Stadt

Vorerst jedoch eröffnet die SVP den Wahlkampf nur mit ihrem Kandidaten und altbekannten Themen. «Wir haben Staus auf den Hauptstrassen und deshalb Verkehr in den Quartieren», sagt Oswald. Dort müsse investiert werden. Der Präsident der SVP Winterthur will aber nicht nur Geld für den Verkehr ausgeben. «Die Stadt braucht

Sport- und Freizeitanlagen, um eidgenössische Veranstaltungen durchzuführen», sagt er. Ein weiterer Schwerpunkt ist für Oswald die Disziplin an den Schulen: «Pünktlichkeit, Sauberkeit und Anstand müssen gefordert und gefördert werden.» Und nicht nur auf den Pausenplätzen will der IT-Fachmann aufräumen. In der Stadt gebe es zu viele Chaoten, und deshalb müsse dort die Präsenz der Polizei erhöht werden. Falls er Finanzvorsteher würde, möchte er auf jeden Fall die Steuern senken. «Um dem Gewerbe das Leben zu erleichtern.»

Die Stadtfinanzen will Oswald allerdings nur übernehmen, falls im Stadtrat keine links-grüne Mehrheit mehr sitze. Sonst sieht er sich eher als künftigen Bau- oder Schulvorsteher. *(meg)*

Besuch in der Partnerstadt

Auf nach La Chaux-de-Fonds! Eine Stiftung lädt Winterthurer dazu ein, die Partnerstadt zu entdecken.

Wie Yverdon-les-Bains und Pilsen kann sich auch die Uhrenstadt La Chaux-de-Fonds zum erlesenen Kreis der Winterthurer Partnerstädte zählen. Eine Gelegenheit, die schöne Stadt im Kanton Neuenburg mit ihren Jugendstilbauten, Museen und Freizeitangeboten zu entdecken, bietet sich am 3. Oktober. Auf dieses Datum lädt die Stiftung Winterthur-La Chaux-de-Fonds die Winterthurer Bevölkerung ein, die Partnerstadt zu besuchen. Für 30 Franken (Erwachsene auf Basis Halbtax, inklusive Mittag-

essen, Zug und Eintritt) wird ein nach eigenen Vorlieben gestaltbares Programm geboten (für Führungen ist teilweise eine Reservation nötig). Insgesamt 200 Billette sind ab heute bei Winterthur Tourismus im Hauptbahnhof erhältlich (052 267 67 00).

Die Stiftung Winterthur-La Chaux-de-Fonds wurde 1991 ins Leben gerufen. Sie wird von den beiden Städten finanziert, die jährlich einen Beitrag von je 15000 Franken leisten. Stiftungszweck ist der kulturelle, schulische und politische Austausch. Im vergangenen September war die Bevölkerung von La Chaux-de-Fonds in Winterthur zu Besuch. Jetzt folgt der Gegenbesuch. *(mcl)*